



**Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten  
der Parlamente der Europäischen Union (COSAC)**

**ERKLÄRUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION  
ANGEGRIFFENEN UKRAINE**

**(Version vom 5. März 2022)**

Wir, die Vertreter des Europäischen Parlaments und der Europaausschüsse der Parlamente der Französischen Republik, Sloweniens, der Tschechischen Republik, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Zypern, des Bundestags der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Dänemark, der Republik Estland, der Hellenischen Republik, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Republik Kroatien, Ungarns, Irlands, der Italienischen Republik, der Republik Litauen, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Lettland, des Königreichs der Niederlande, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, des Königreichs Schweden und der Slowakischen Republik, in Würdigung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. März 2022 zur russischen Aggression gegen die Ukraine,

1. Halten die Anerkennung der selbsternannten separatistischen Gebiete auf dem Territorium der Ukraine durch Russland am 21. Februar 2022 für null und nichtig und den Kriegsakt für inakzeptabel, den die Russische Föderation seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine begeht, mit der Komplizenschaft von Belarus, unter Verletzung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten und der die europäische und weltweite Sicherheit und Stabilität untergräbt,

*Zur Bewältigung der aktuellen Krise*

2. Bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität mit den demokratisch gewählten Behörden der Ukraine und dem ukrainischen Volk, unser Mitgefühl angesichts der Verluste und des Leids, dem dieses Volk ausgesetzt ist, und unsere Bewunderung für seinen Mut im Kampf und im Widerstand gegen die Aggression,

3. Fordern Russland und Belarus nachdrücklich dazu auf, den Angriff einzustellen, ihre in der Ukraine stationierten Streitkräfte und militärischen Ausrüstungen sofort und bedingungslos abzuziehen und ihre Cyberangriffe zu beenden,
4. Fordern Russland dazu auf, einen sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen,
5. Begrüßen die beispiellosen Sanktionen der Europäischen Union gegen die Russische Föderation und Belarus und rufen die Europäische Union dazu auf, in Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten, diese falls nötig noch auszuweiten,
6. Begrüßen die Initiativen, die die Europäische Union unverzüglich ergriffen hat, um die Ukraine mit allen politischen, finanziellen, humanitären und logistischen Mitteln zu unterstützen, insbesondere im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität und des Europäischen Zivilschutzmechanismus, und die dazu beitragen werden, die Fähigkeiten und die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zu stärken, um die territoriale Integrität und Souveränität des Landes zu verteidigen und die Zivilbevölkerung vor der andauernden militärischen Aggression zu schützen, und rufen dazu auf, diese Maßnahmen in Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten gegebenenfalls zu verstärken,
7. Fordern die Europäische Union auf, sich so schnell wie möglich zu organisieren, um die ukrainischen Flüchtlinge, die durch den Krieg zum Exodus verurteilt sind, solidarisch und unter den besten Bedingungen aufzunehmen,
8. Bekräftigen die Notwendigkeit, die nationalen Parlamente, von denen mehrere Entschlüsse zum Krieg in der Ukraine angenommen haben, in die Entscheidungen zum akuten Krisenmanagement einzubeziehen, da diese Entscheidungen erhebliche Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten und ihre Bürger haben werden,

*Zu den längerfristigen strategischen Herausforderungen für die Europäische Union*

9. Bekräftigen unser Bekenntnis zu den Werten der Europäischen Union, die gemäß Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union insbesondere zu Frieden, Sicherheit, gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zum Schutz der Menschenrechte sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, beiträgt,
10. Bestehen darauf, dass die demokratischen Entscheidungen, die Souveränität und die territoriale Integrität aller Staaten, einschließlich Georgiens und der Republik Moldau, unbedingt respektiert werden müssen,
11. Fordern die Staatsoberhäupter und Regierungschefs dazu auf, im Rahmen ihres Treffens beim Europäischen Rat am 24. und 25. März 2022, eine ehrgeizige Version des "Strategischen Kompasses" anzunehmen und dessen erste Säule, die sich auf

das europäische Krisenmanagement bezieht, zu stärken, um die Union mit einer dauerhaften und glaubwürdigen Reaktionsfähigkeit auszustatten,

12. Sind der Ansicht, dass dieser Krieg die Notwendigkeit einer Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft, insbesondere bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen, nur noch weiter unterstreicht,
13. Sind der Ansicht, dass dieser Konflikt und seine Auswirkungen auf die Getreide- und Energiepreise auch eine Stärkung der strategischen Autonomie Europas, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel und Energie, erfordern.

Frau Sabine THILLAYE  
Leiterin der Delegation  
Französische Nationalversammlung

Herr Jean-François RAPIN  
Leiter der Delegation  
Französischer Senat

Herr Nik PREBIL  
Leiter der Delegation  
Slowenische Nationalversammlung

Herr Bojan KEKEC  
Leiter der Delegation  
Slowenischer Nationalrat

Herr Ondřej BENEŠÍK  
Leiter der Delegation  
Abgeordnetenkommission der Tschechischen  
Republik

Herr David SMOLJAK  
Leiter der Delegation  
Senat der Tschechischen Republik

Herr Othmar KARAS  
Leiter der Delegation  
Europäisches Parlament

Herr Antonio TAJANI  
Leiter der Delegation  
Europäisches Parlament

Herr Reinhold LOPATKA  
Leiter der Delegation  
Österreichischer Nationalrat

Frau Eliane TILLIEUX  
Präsidentin der Belgischen  
Abgeordnetenkommission

Herr Gaëtan VAN GOIDSENHOVEN  
Leiter der Delegation  
Belgischer Senat

Frau Denitsa SIMEONOVA  
Leiterin der Delegation  
Bulgarische Nationalversammlung

Frau Christiana EROTKRITOU  
Leiterin der Delegation  
Zypriotisches Repräsentantenhaus

Herr Anton HOFREITER  
Leiter der Delegation  
Deutscher Bundestag

Herr Kim VALENTIN  
Leiter der Delegation  
Dänisches Parlament

Frau Margit SUTROP  
Leiterin der Delegation  
Estnisches Parlament

Herr Dimitris KAIRIDIS  
Leiter der Delegation  
Griechisches Parlament

Frau Susana SUMELZO  
Leiterin der Delegation  
Spanischer Abgeordnetenkongress

Frau Satu HASSI  
Leiterin der Delegation  
Finnisches Parlament

Herr Domagoj HAJDUKOVIĆ  
Leiter der Delegation  
Kroatisches Parlament

Herr Seán HAUGHEY  
Leiter der Delegation  
Irisches Parlament

Herr Richárd HÖRCSIK  
Vorsitzender des Ausschusses für  
europäische Angelegenheiten  
Ungarische Nationalversammlung

Herr Sergio BATTELLI  
Leiter der Delegation  
Italienische Abgeordnetenkammer

Herr Dario STEFANO  
Leiter der Delegation  
Italienischer Senat

M. Arminas LYDEKA  
Leiter der Delegation  
Litauisches Parlament

Herr Yves CRUCHTEN  
Leiter der Delegation  
Luxemburgische Abgeordnetenkammer

Herr Uldis BUDRIĶIS  
Vorsitzender des Ausschusses  
Europäische Angelegenheiten  
Lettisches Parlament

Frau Laura BROMET  
Leiterin der Delegation  
Niederländisches Abgeordnetenhaus

Herr Joris BACKER  
Leiter der Delegation  
Niederländischer Senat

Frau Anita CZERWIŃSKA  
Stellvertretende Vorsitzende des  
Ausschusses für  
Europäische Angelegenheiten  
Polnisches Abgeordnetenhaus

Herr Bogdan KLICH  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Auswärtige und Europäische  
Angelegenheiten  
Polnischer Senat

Herr Luis CAPOULAS SANTOS  
Leiter der Delegation  
Versammlung der Portugiesischen Republik

Herr Ștefan MUȘOIU  
Leiter der Delegation  
Rumänische Abgeordnetenkammer

Herr Angel TÎLVĂR  
Leiter der Delegation  
Rumänischer Senat

Herr Piry NIEMI  
Leiter der Delegation  
Schwedisches Parlament

Frau Vladimíra MARCINKOVÁ  
Leiterin der Delegation  
Slowakischer Nationalrat

Wir, die Vertreter der Republik Albanien, des Fürstentums Andorra, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Georgiens, der Republik Island und des Königreichs Norwegen, bringen unsere Solidarität mit der oben genannten Erklärung zum Ausdruck:

Mme Etilda GJONAJ  
Leiterin der Delegation  
Albanisches Parlament

Mme Judith SALAZAR  
Leiterin der Delegation  
Generalrat von Andorra

Herr Benedikt WÜRTH  
Leiter der Delegation  
Schweizer Bundesversammlung

Mme Maka BOCHORISHVILI  
Leiterin der Delegation  
Georgisches Parlament

Herr Bjarni JÓNSSON  
Leiter der Delegation  
Isländisches Parlament

Herr Åsmund AUKRUST  
Leiter der Delegation  
Norwegisches Parlament